

## **Gesetzentwurf**

**der Staatsregierung**

**zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes**

### **A) Problem**

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat Art. 32a des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) für verfassungswidrig und damit nichtig erklärt. Es besteht daher nicht mehr die Möglichkeit, Führungsfunktionen auf Zeit zu übertragen. Die zeitlich befristete Übertragung von Leitungsämtern stellt sich aber vom Grundsatz her weiterhin als sachgerechtes und notwendiges Mittel zur Stärkung des Leistungsgrundsatzes dar.

### **B) Lösung**

Es wird eine neue Grundlage der Führungsfunktionen auf Zeit geschaffen, die der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Rechnung trägt.

### **C) Alternativen**

Keine

### **D) Kosten**

Keine



## Gesetzentwurf

### zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

#### § 1

In das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 489), wird folgender Art. 32a eingefügt:

#### **„Art. 32a Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit**

(1) <sup>1</sup>Die Ämter

1. der Amtschefs, der Bereichsleiter und der Abteilungsleiter in den obersten Landesbehörden,
2. der Leiter und stellvertretenden Leiter von Behörden, soweit sie in der Besoldungsordnung B eingestuft sind, und
3. der Leiter von Organisationseinheiten von Behörden, soweit sie mindestens in der Besoldungsgruppe B 4 eingestuft sind,

werden zunächst im Beamtenverhältnis auf Zeit übertragen; Art. 32b findet keine Anwendung. <sup>2</sup>Die Dauer der Amtsperiode beträgt fünf Jahre; Zeiten, in denen dem Beamten die leitende Funktion bereits übertragen worden ist, werden bei der Festlegung der Dauer der Amtsperiode angerechnet. <sup>3</sup>Der Beamte kann vor der Übertragung im Beamtenverhältnis auf Zeit auf die Anrechnung verzichten. <sup>4</sup>Mit Ablauf der Amtsperiode ist dem Beamten das Amt mit leitender Funktion auf Lebenszeit zu übertragen, wenn der Beamte im Rahmen seiner bisherigen Amtsführung den Anforderungen des Amtes in vollem Umfang gerecht geworden ist. <sup>5</sup>Eine weitere Übertragung des Amtes auf Zeit ist nicht zulässig.

(2) Abweichend von Abs. 1 wird das Amt sogleich im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übertragen, wenn der Beamte

1. bereits ein Amt mit mindestens demselben Endgrundgehalt im Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit innehat oder innehatte  
oder
2. innerhalb von fünf Jahren nach der Übertragung des Amtes die gesetzliche Altersgrenze erreicht.

(3) Abs. 1 gilt nicht für die Ämter der Mitglieder des Obersten Rechnungshofs sowie für die Ämter, die auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften im Beamtenverhältnis auf Zeit übertragen werden.

(4) Die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können für ihre Beamten durch Satzung oder Beschluss des obersten Entscheidungsgremiums weitere Ämter der Besoldungsordnung B festlegen, die zunächst im Beamtenverhältnis auf Zeit vergeben werden.

(5) <sup>1</sup>In ein Amt mit leitender Funktion nach den Abs. 1 und 4 darf nur berufen werden, wer sich in einem Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit befindet und in dieses Amt auch als Beamter auf Lebenszeit berufen werden könnte. <sup>2</sup>Die Staatsregierung oder das Präsidium des Landtags können im Rahmen ihrer Ernennungskompetenz Ausnahmen von Satz 1 zulassen; die Zuständigkeit des Landespersonalausschusses ist dabei zu wahren. <sup>3</sup>Ein Richter darf in ein Amt nach Abs. 1 nur berufen werden, wenn er zugleich zustimmt, bei Wiederaufleben des Richterterhältnisses auf Lebenszeit nach Abs. 9 Satz 2 auch in einem anderen Richteramt desselben Gerichtszweigs mit mindestens demselben Endgrundgehalt verwendet zu werden.

(6) <sup>1</sup>Vom Tag der Ernennung an ruhen für die Dauer des Zeitbeamtenverhältnisses die Rechte und Pflichten aus dem Amt, das dem Beamten zuletzt im Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit übertragen worden ist; das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder das Richterterhältnis auf Lebenszeit besteht fort. <sup>2</sup>Dienstvergehen, die mit Bezug auf das Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit oder das Beamtenverhältnis auf Zeit begangen worden sind, werden so verfolgt, als stünde der Beamte nur im Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit.

(7) Wird der Beamte in ein anderes Amt mit leitender Funktion nach Abs. 1 Satz 1 versetzt oder umgesetzt, das in derselben oder einer niedrigeren Besoldungsgruppe eingestuft ist wie das ihm zuletzt übertragene Amt mit leitender Funktion, so läuft die Amtszeit weiter.

(8) Vor der Übertragung eines anderen, einer höheren Besoldungsgruppe angehörenden Amtes mit leitender Funktion aus einem Beamtenverhältnis auf Zeit nach den Abs. 1 und 4 heraus ist dem Beamten das bisher auf Zeit übertragene Amt auf Lebenszeit zu übertragen.

(9) <sup>1</sup>Der Beamte ist

1. mit Ablauf der Amtszeit,
2. mit der Versetzung zu einem anderen Dienstherrn,
3. mit Verhängung einer Disziplinarmaßnahme, die über Verweis oder Geldbuße hinausgeht,
4. mit Beendigung seines Beamten- oder Richterterhältnisses auf Lebenszeit im Sinn des Art. 38 Abs. 1

aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen; Art. 39 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 und Abs. 2 und 3 sowie Art. 40 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 und 6 und Abs. 2 und 3 sowie Art. 41 bleiben unberührt. <sup>2</sup>In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 1 bis 3 lebt das Beamten- oder Richterverhältnis auf Lebenszeit wieder auf.

(10) <sup>1</sup>Mit der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit endet der Anspruch auf Besoldung aus diesem Amt. <sup>2</sup>Weitergehende besoldungsrechtliche Ansprüche bestehen nicht. <sup>3</sup>Der Beamte darf während seiner Amtszeit nur die Amtsbezeichnung des ihm übertragenen Amtes mit leitender Funktion führen; Art. 89 Abs. 4 Satz 2 findet keine entsprechende Anwendung.

(11) Art. 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 findet keine Anwendung.“

## § 2

Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.

### Begründung:

#### A. Allgemeines

Die Anforderungen, die an eine moderne, effiziente Verwaltung gestellt werden, erfordern eine Fortentwicklung der dienstrechtlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere die Besetzung von Führungsfunktionen bildet einen entscheidenden Faktor für die Leistungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Innovationsfähigkeit der Öffentlichen Verwaltung. Aus diesem Grund sah Art. 32a BayBG die Übertragung von Führungsfunktionen auf Zeit für zwei Amtsperioden von jeweils fünf Jahren vor. Durch die zunächst zeitlich begrenzte Übertragung von Führungsfunktionen sollte das Leistungsprinzip in der öffentlichen Verwaltung gestärkt und eine Reaktionsmöglichkeit auf sich wandelnde Anforderungen des Dienstpostens geschaffen werden. Nachdem der Bayerische Verfassungsgerichtshof Art. 32a BayBG in seiner bisherigen Form für nichtig erklärt hat, soll eine den Vorgaben der Verfassung angepasste Neuregelung geschaffen werden. Hierdurch wird der Fortbestand des Instituts der Führungsfunktion auf Zeit, das sich vom Grundsatz her weiterhin als sachgerecht und erforderlich darstellt, in einer verfassungsgemäßen Form ermöglicht.

#### B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Die Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes ist nur durch Gesetz möglich.

#### C. Zu den einzelnen Vorschriften

##### Zu § 1

§ 1 sieht eine Neufassung des Art. 32a BayBG vor, der die Übertragung von bestimmten Führungsfunktionen auf Zeit für eine Amtsperiode von fünf Jahren ermöglicht. Dem Beamten wird nach Ablauf der Amtsperiode ein Anspruch auf leibzeitige Übertragung des Amtes eingeräumt, wenn er den Anforderungen des Amtes in vollem Umfang gerecht geworden ist. Die Neuregelung führt damit gegenüber dem früheren, für nichtig erklärten Art. 32a BayBG zu einer deutlichen Verkürzung der Gesamtdauer des Zeitbeamtenverhältnisses. Zusätzlich begründet sie eine gesicherten Rechtsposition des Beamten bei entsprechender Bewährung auf dem Dienstposten. Im Übrigen werden die Grundstrukturen der Führungsfunktion auf Zeit, insbesondere der Kreis der auf Zeit zu vergebenden Ämter, in ihrer bisherigen Form erhalten.

Der Bayerische Beamtenbund fordert die Verkürzung der im Gesetzentwurf vorgesehenen fünfjährigen Amtsperiode auf drei Jahre. Dieser Zeitraum sei ausreichend, um die Führungseignung des Beamten zu erproben. Gleichermaßen würde der Gleichklang mit dem im Versorgungsrecht für die Versorgungswirksamkeit maßgeblichen Zeitraum erreicht. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Ämter, die nach dem Entwurf der Neuregelung auf Zeit übertragen werden sollen, erscheint eine fünfjährige Amtsperiode, um die Eignung des Beamten festzustellen, jedoch erforderlich.

##### Zu § 2

§ 2 regelt das In-Kraft-Treten der Vorschrift.